



Mehrfamilienhäuser in Höfen bei Winnenden: Neubaugebiete, nicht das verdichtete Bauen in Städten seien das Problem, sagen die Initiatoren des Volksantrags.

Foto: image/Lilly

Volksantrag gegen Flächenfraß erfolgreich

Rund 20 Verbände haben mehr als 50 000 Unterschriften gesammelt – jetzt muss sich der Landtag mit dem Thema Flächenverbrauch beschäftigen.

VON THOMAS FALTIN

STUTTGART. Es scheint ein Kuriosum zu sein: Umwelt- und Landwirtschaftsverbände geißeln die Landesregierung und wettern gegen die Asphaltierung von zu vielen Wiesen und Äckern – dabei hat sich die grün-schwarze Koalition doch genau dasselbe Ziel gesetzt. Täglich sollen noch 2,5 Hektar im Land versiegelt werden dürfen, ab 2035 gar nichts mehr, so wollen es Umweltschützer, Bauern und Politiker unisono.

Nur: Im Schnitt der letzten Jahre sind es eben fünf bis sechs Hektar pro Tag – das Land tue zu wenig, um die Ziele zu verwirklichen, kritisieren die Initiatoren des Volksantrags „Ländle leben lassen“. Dazu gehören gut 20 Verbände, wie Nabu und BUND, aber auch die Bauernverbände des Landes oder der Schwäbische Albverein. Am Freitag haben sie der Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) 53 276 Unterschriften überreicht – 40 000 hätten es nur sein müssen.

Jetzt muss der Landtag binnen sechs Monate über den Volksantrag diskutieren. Er könnte ihn am Ende zu den Akten legen, aber das glaubt Gerhard Bronner, der Präsident des Landesnaturschutzverbands, nicht: „Ich



Landtagspräsidentin Muhterem Aras (2. v. rechts) hat die Unterschriften entgegengenommen.

Foto: dpa/Christoph Schmidt

bin zuversichtlich, dass wir zu einer guten Lösung kommen. Es wäre auch seltsam, wenn der Landtag etwas ablehnt, was er schon selbst beschlossen hat.“ Die Vernichtung von Lebensraum vieler Arten und von Äckern für die Produktion von Lebensmitteln müsse jedenfalls gestoppt werden.

Die wichtigste Forderung lautet: das jetzige Ziel und das künftige Nettonull-Ziel in den Landesentwicklungsplan zu schreiben, der derzeit überarbeitet wird, und damit eine gesetzliche Pflicht einführen. Bisher unterliege der Flächenschutz fast immer, wenn Kommunen zwischen den vielen konkreten Bauwünschen und den allgemeinen „Gutmenschenzielen“, wie es Nabu-Chef Johannes Ennsle formulierte, entscheiden müsse.

Wie man die Ziele dann umsetze, darüber könne man diskutieren, meint auch Gerhard

Bronner. Ein noch viel zu selten thematisierter Hebel könnten Zertifikate sein: Jede Kommune bekomme dann, je nach ihrer ländlichen oder städtischen Lage, fünfjährige Kontingente zum Bauen. Wenn diese verbraucht seien, sei bis zur nächsten Verteilung von Zertifikaten kein Bauen mehr möglich. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen hätten ergeben, dass Zertifikate ein gut funktionierender Hebel seien, so Bronner. Die kommunalen Spitzenverbände und die Bauernverbände lehnen solche Zertifikate jedoch ab – sie fürchten noch mehr Gängelung.

Daneben müsse man grundsätzlich neu denken, meinte Bronner. Warum brauche ein Supermarkt einen riesigen Parkplatz vor der Tür, wenn man eine Tiefgarage bauen könne? Und warum könnten nicht in einem zusätzlichen Stock Arztpraxen oder Anwaltskanzleien untergebracht sein?, fügte Martin Bachhofer hinzu, der Landesgeschäftsführer des BUND. Johannes Ennsle betonte, um die Brisanz seiner Aussage wissend, dass Einfamilienhäuser mit großem Garten nicht „die Wohnform der Zukunft“ sei: „Da wünsche ich mir von den Politikern mehr Mut, das auch auszusprechen.“

Angeichts der großen Wohnungsnot auch in Baden-Württemberg wirkt die Aktion dennoch zunächst etwas ignorant. Doch dem widerspricht Gerhard Bronner. Gegen absolute Löwenanteile des Flächenverbrauches finde auf dem Land statt und entstehe zu zwei Dritteln durch Neubaugebiete. Dieses großzügige Bauen müsse aufhören. Mit

verdichtetem Bauen in den Städten habe dagegen niemand ein Problem. Ein tolles Beispiel sei der geplante neue Stadtteil Dietenbach bei Freiburg. Zum Spatenstich vor wenigen Tagen war sogar Bundeskanzler Olaf Scholz angereist. Viel Grün und viele Wohnungen gingen in Freiburg wunderbar zusammen.

53 276

Menschen haben für den Volksantrag gegen den Flächenfraß unterschrieben.

Bemerkenswert ist, dass die beiden Bauernverbände ebenfalls Teil der Initiative sind und Hand in Hand mit den Naturschützern arbeiten. Ackerfläche werde immer knapper und teurer, und bei immer weniger Lebensmitteln könne sich der Südwesten noch selbst versorgen, betonte Roswitha Geyer-Fäßler vom Landesbauernverband.

Die zuständige Ministerin Nicole Razavi (CDU) verwies auf Förderprogramme und die finanzielle Unterstützung von Flächenmanagern in den Kommunen. Man habe den Flächenfraß schon von zwölf Hektar täglich im Jahr 2000 auf derzeit 4,6 stark verringert. In einem Interview sagte sie vor kurzem aber auch, dass viele Firmen das Land verließen, weil sie keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr hätten: „Das macht mir Sorgen.“ Man könne eben keine Käseglöcke über das Land stülpen, sagte sie.